

„Keine Welt nach Orwell“ - Studierende organisieren Konferenz zu Digitalisierung und Menschenrechtsarbeit

16.10.2017 Der Abschlussjahrgang des berufsbegleitenden Masterstudiengangs M.A. Governance and Human Rights hat eine Konferenz zu der Bedeutung der Digitalisierung für die Menschenrechtsarbeit und die Rolle von Bildung im Quadriga Forum organisiert. Im Rahmen dieser Arbeit konnten die Studierenden die praktischen Inhalte ihres Studiums anwenden.



"In der digitalen Welt entstehen andere Herausforderungen für die Menschenrechtsarbeit als in der analogen Welt", erklärt Studiengangsleiterin Alessandra Asteriti.

Die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer bestanden dabei aus Expertinnen und Experten, die im Bereich der Menschenrechtsarbeit im digitalen Raum arbeiten. Dabei betonten sie die Möglichkeit durch Digitalisierung in internationalen Teams zu arbeiten. Gleichzeitig entstehen Herausforderungen wie Hackerangriffe auf Internetseiten. Ein wichtiges Feld der Menschenrechtsarbeit im digitalen Raum ist die Untersuchung, wie ein politischer Wille in Sozialen Medien entsteht. So könnte Digitalisierung ein Werkzeug der deliberativen Demokratie werden oder dazu führen, dass eine orwellsche Welt entsteht. Isabell Ebert, die am Business and Human Rights Resource Centre tätig ist, betonte dabei, dass Digitalisierung den Austausch zwischen den Opfern von Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise eingeborenen

Völkern, und den Verletzern, wie multinationale Unternehmen, ermögliche. Letztere geraten dabei von den sozialen Bewegungen auf den Märkten unter Druck.

Dr. Ben Wagner, Direktor des Privacy & Sustainable Computing Lab der Wirtschaftsuniversität Wien, stellte klar, dass die „analoge Welt“ nicht mehr existiert. Menschenrechtsaktivisten, die im digitalen Raum arbeiten, sind in realen Gefängnissen inhaftiert. Die digitale und analoge Welt sind so sehr verwoben, dass sie nicht mehr getrennt werden können. Menschenrechte sind wie eine Symphonie, in der unterschiedliche Sphären und Diskurse zusammenspielen.

Marek Tuszynski von Tactical Technology hob hervor, dass es historisch einmalig ist, dass die fünf großen Internetfirmen (Amazon, Apple, Microsoft, Facebook, sowie Google) unglaubliche Datenmengen über das Leben von Menschen haben. Diese Akteure definieren dabei den Rahmen für die Interaktionen in den Räumen.

Die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer zogen das Fazit, dass es die Aufgabe des Staates ist, die Rahmenbedingungen für Menschenrechte zu sichern. Es kann nicht die alleinige Aufgabe von NGOs und der Zivilgesellschaft sein, Marktversagen zu korrigieren. Wenn 95% der Konsumentinnen und Konsumenten keine Produkte aus Kinderarbeit kaufen wollen, sollte diese schlichtweg verboten werden. In diesen Fällen muss die Zivilgesellschaft nicht erst auf das Thema aufmerksam machen und die Konsumentinnen und Konsumenten informieren.

Weitere Informationen

- Studiengang Governance & Human Rights
- Professional School

Kontakt

Christoph Kleineberg, M.A.

Universitätsallee 1, C40.115

21335 Lüneburg

Fon +49.4131.677-1983

Fax +49.4131.677-2981

christoph.kleineberg@leuphana.de

Redaktion: Morgaine Struve, Universitätskommunikation. Neuigkeiten aus der Universität und rund um Forschung, Lehre und Studium können an news@leuphana.de geschickt werden.

Datum: 16.10.2017

Kategorien: 1_Meldungen_Studium

Autor: Morgaine Struve

E-Mail: morgaine.struve@stud.leuphana.de